

Erscheint alle 14 Tage.
Viertelj. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
NO 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beitzelle
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 39/40

Berlin, den 3. Oktober 1930

41. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 30321 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Fernsprechamt
Alexander 4719

Verwirrung.

Verwirrtheit ist nach dem „großen Meyer“ „ein krankhafter geistiger Zustand mit Unorientiertheit, Zusammenhangslosigkeit des Vorstellungsablaufes“.

Von einem solchen Zustand braucht nicht nur ein einzelner Mensch befallen zu sein, er kann auch große Teile eines Volkes erfassen. Dieses ist in Deutschland momentan der Fall. Wer, als verantwortungsbewusster Mensch die Zeit von 1914 bis heute miterlebt hat, wer selbst in dieser schicksalreichen Zeit körperlich und seelisch hin und her geworfen wurde, kann vieles verstehen und hat Verständnis für die Auswirkungen der sozialen Zustände unserer Zeit. Was nicht zu verstehen und noch viel weniger zu rechtfertigen ist, das ist die demagogische Art, wie diese schwere Zeit in unverantwortlicher Weise zu persönlichen und Parteizwecken zum Schaden des gesamten Volkes ausgebeutet wird. Es ist überflüssig, noch einmal zu schildern, wie der Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen auf die deutsche Nation, die den Krieg nicht gewollt, gewirkt hat. Wir brauchen nur die Tatsache konstatieren, daß unsere ganze Finanznot, Weltwirtschaftskrise und alles was damit zusammenhängt durch den Krieg entstanden ist. Das muß deshalb festgestellt werden, weil bei allen rechtsstehenden Feinden der deutschen Republik die Weltgeschichte immer erst am 9. November 1918 beginnt.

Betrachtet man das Ergebnis der Reichstagswahl, so muß man die politische Reife des deutschen Volkes bezweifeln. Aber viel schlimmer ist, daß einflußreiche Menschen, denen man Verantwortungsfähigkeit zutrauen könnte, aus diesem Ergebnis nicht die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Während Millionen deutscher Volksgenossen leiden, sehen wir andere in gehobener Stellung sich darüber herumzanken, wie man die Rollen verteilt werden sollen. Den Nationalsozialisten und Kommunisten, die das eine gemeinsam haben, daß sie diesen Staat verneinen, ist auf Grund ihrer Wahlerfolge gewaltig der Ramm geschwollen. Sie fühlen sich als Beherrscher der Situation und beantragen in den einzelnen Ländern die Auflösung der Landtage, um bei Neuwahlen gestärkt auf dem Plan zu erscheinen; dasselbe ist in einer Reihe von Städten bezgl. der Stadtverordnetenversammlung der Fall. Dabei gehen beide Extreme teils getrennt, teils zusammen.

Wenn im allgemeinen mit einem Anwachsen der radikalen Fraktionen geredet wurde, so war doch der Erfolg der Nationalsozialisten eine Ueberraschung, die uns zwingt nach den Gründen zu suchen. Fest steht, daß die Hiltlerichtung von den Wirtschaftskreisen, die sonst für Lohnabbau plädieren, mit großen Summen unterstützt wurden. Die große Arbeitslosigkeit, verbunden mit der dadurch entstandenen Unzufriedenheit tat ein übriges. Der Druck der schweren Reparationslasten hat das deutsche Volk empfänglich gemacht für alles was eine Erleichterung verspricht und demagogische Ausnutzung dieser ganzen Verhältnisse und Gemütsstimmungen ist leichter als ein Beweis durch die Tat. Hinzu kommt noch ein anderes.

Der deutschen Regierung stehen nur Mittel in bestimmter Höhe zur Verfügung. Der Streit geht immer darum, wie diese bezw. wie neue Mittel beschafft und verteilt werden; was dem Einen gegeben, wird dem Anderen genommen. Vor dieser schweren Aufgabe ist jede Regierung gestellt. Alle Regierungen haben es in der Vergangenheit nicht vermocht, das Vertrauen des Volkes zu stärken. Das ewige Parlamentieren und Verhandeln zwischen den Parteien über das Wie hat die Atmosphäre des hoffnungslosen Pessimismus geschaffen, der in dem Wahlergebnis des 14. September zum Ausdruck gekommen ist. Die Enttäuschung ist zu groß gewesen. In allen Wahlkämpfen sind unerfüllbare Versprechungen gemacht worden, die von den Parteien nicht gehalten wurden. Waren sie in der Regierung, so konnten sie auch nur mit Wasser kochen; wurde die Situation für die Partei unüberwindlich, ging man aus der Regierung und schimpfte wie ein Hochspanner. Das haben die Kommunisten und Nationalsozialisten dann in verstärkter Auflage getan und es ist die alte

Erfahrung, daß die blutigsten Reden bei den so oft seit 1914 Enttäuschten den größten Erfolg haben. Der Nationalsozialismus war für viele Wähler etwas ganz neues, den dort gemachten Versprechungen glaubte man, daher der Wahlerfolg. Auch hier wird sehr bald die Ernüchterung eintreten. Abgesehen von dem Wahlergebnis beweisen die Vorkommnisse der letzten Zeit, was diese Verwirrung für Auswüchse zeitigt und wie sich dieses zum Unheil der deutschen Nation auswirkt.

In einer Versammlung von Angehörigen der Berliner Verkehrsgesellschaft, die zum 22. September Wienerstraße 10 von den Nationalsozialisten einberufen war, referierte ein gewisser König, der nach Angabe des „Vorwärts“ (vom 27. September) Mitglied der christlichen Gewerkschaften ist. Er predigte den Massenstreik und forderte, daß am 2. Oktober sämtliche Straßenbahnwagen und Auto-Omnibusse angehalten und zertrümmert werden. Das Fahrpersonal und das in den Wagen befindliche Publikum müsse „verbrochen“, die gesamte Direktion der BVG abgesetzt und an ihre Stelle müßten Fachleute berufen werden. Außerdem forderte er den 15-Pfennig-Umstufungstaxi. Die Kommunisten forderte er auf, mit der Hitlerpartei zusammenzutreten, um das jetzige System zu stürzen. Auf alle Fälle müßten sich an dem Massenstreik beteiligen. Die Kommunisten riefen ihm zu: „Tavohl, wir machen mit“. König schimpfte dann über die SPD-Bonzenwirtschaft und erntete reichen Beifall.

Der nationalsozialistische Gymnasialprofessor Mergenthaler erklärte in einer Versammlungsrede in Nagold: „Wir kommandieren — und die anderen gehorchen. Wer nicht gehorcht, kommt an die Wand — voran die Pazifisten.“

Auf dem deutschen Städtetag in Dresden wurde am 26. September der preußische Innenminister Waeting, als er das Wort zu einem Referat nehmen wollte, von nationalsozialistischen und kommunistischen Städtevertretern mit lärmenden Schimpfstrufen empfangen. Entspricht das der Würde des deutschen Städtetages? Dabei ist zu bedenken, daß die Städte ganz elend dran sind. Die großen und mittleren Städte haben allein 475 000 Wohlfahrts-Erwerbslose zu unterstützen. Und trotzdem solche Verantwortungslosigkeit.

In Berlin wurde der Prozeß gegen die Kommunisten geführt, die den Nationalsozialisten Wessell erschossen hatten. Dabei erklärte ein Angeklagter was unter einer „proletarischen Abreibung“ zu verstehen ist. Der Abzureibende würde so zugerichtet, daß er ins Krankenhaus kommt; er wird also „hospitalfähig“ geschlagen.

In Moskau wurden 48 Menschen kurzerhand erschossen. Das ist wirklich nicht geeignet das Anwachsen des Kommunismus zu begünstigen. Hunderte deutscher Arbeiter, die für den Bergbau in Rußland angeworben waren, wollen wieder nach Deutschland zurück, weil ihre Verträge nicht gehalten werden; das ist keine Empfehlung für den Kommunismus.

Und dann erscheint der Nazische Adolf Hitler vor dem Reichsgericht und erklärt, daß die Nationalsozialisten nur auf lageltem Wege, nicht durch den gewaltsamen Umsturz zur Macht gelangen wollen. Als er aber vom Vorsitzenden des Gerichts darauf aufmerksam gemacht wird, daß er in einem seiner Bücher geschrieben habe, daß bei Uebernahme der Macht durch die Nationalsozialisten auch

Köpfe in den Sand rollen würden erklärt Hitler:

„Wenn unsere Bewegung siegt, so wird sie einen Staatsgerichtshof errichten und vor diesem werden sich die Novemberverbrecher des Jahres 1918 zu verantworten haben und dieses Verbrechen wird seine Sühne finden. Ich gestehe offen, daß dann Köpfe rollen werden.“

Nun könnte es ja gleichgültig erscheinen was derartige verantwortungsvolle Menschen schwächen, wenn nicht durch solche Äußerungen katastrophale Wirkungen erzeugt würden. Wir glauben nicht daran, daß Hitler mit seinem Anhang jemals Gelegenheit haben wird, dem deutschen Volk seine Regierungsmacht zu zeigen; im Gegenteil, auf alle verantwortungsbewussten Deutschen dürfte diese Of-

fenherzigkeit ernüchternd wirken. Sie werden sich von diesem kaatenlosen Mann, von dem viele angenommen hatten, er sei Oesterreicher, nicht irre führen lassen. Aber wie wirken diese Worte auf ängstliche Gemüter? Zu den vielen Milliarden, die bereits ins Ausland geschafft wurden, fließt immer weiteres Geld ins Ausland. Hinzu kommt, daß einflußreiche Mitglieder der deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei mit den Nazis liebäugeln und im Ausland und Inland die Vorstellung erweckt wird, daß die Nazis doch an einer Regierung beteiligt werden könnten. Ein Stadtmesser für die Auswirkung ist die Bewegung an der Börse. Nach dem Ausfall der Wahlen kam der Sturz der Papiere. Dann folgte eine langsame Erholung. Nach der Rede Hitlers in Leipzig folgte eine erneute scharfe Börsenpanik. Die Kursverluste betrugen in Berlin im allgemeinen 4-6 Prozent, in Wien- und Spritwerten sogar bis annähernd 20 Prozent und in Kalkwerten bis ca. 12 Prozent.

Das Ausland sah schon den stoßartigen Erdrutsch des 14. September mit großer Besorgnis. Eine französische Zeitung hat nach der Rede Hitlers in Leipzig die Frage aufgeworfen, ob Deutschland keine Irenenhäuser hat. Der „Temps“ schrieb, daß die politische Entwicklung Europas wesentlich davon abhängt, was sich in den nächsten Monaten in Deutschland ereignet. In Amerika stieg die Nervosität so, daß man Deutschland schon drauf und dran sah in Unruhen zu gleiten; die Börse reagierte entsprechend. Amerikanische Zeitungen schrieben: „Die Führer der deutschen Republik seien dem Tode geweiht. Hitler werde die Guillotine zur Umwendung bringen.“ So schädigt dieser Wirrwarr in Deutschland das Ansehen und die Kreditwürdigkeit unseres Volkes in der ganzen Welt. Ist es da nicht höchste Zeit, daß dieses Volk der Dichter und Denker sich auf sich selbst besinnt? Alle die es ehrlich meinen, müssen daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Regiert kann nur werden mit Vernunft und Sachlichkeit. Mögen die Volksvertreter, die darüber verfügen, den Mut aufbringen, mit fester Hand und Zuversicht das Steuer so zu dirigieren, daß diesem verhängnisvollen Zustand ein Ende bereitet wird. Parteipolitische Anschauung ist nicht die Hauptsache, zielbewusste Führung muß plaggreifen, damit wieder Vertrauen im Volke einkehrt. Nur durch soziale Haltung kann man das Vertrauen der Massen gewinnen.

Schafft Arbeit und Brot, das ist die Schicksalsfrage, die gelöst werden muß; dann wird die vorhandene Verwirrung verschwinden.

S.

Deutscher Mietertag.

In der Zeit vom 28. August bis 1. September hielt der Bund deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, seine 25. Tagung in Dresden ab. Dort wurde bezgl. der Wohnungswirtschaft und Mietverhältnisse eine Anzahl Entschlüsse angenommen, die auch unsere Kollegen interessieren und sich in der Hauptsache, von Einzelheiten abgesehen, mit unseren Anschauungen decken:

1.

Der neue Reichstag wird über das Geschick der künftigen Wohnungswirtschaft entscheiden. Die Mieterchaft erwartet von ihm, daß er dafür sorgt, daß eine Reichsregierung zustande kommt, die bereit ist, den Belangen der Wohnungswirtschaft in gesamtwirtschaftlichem Sinne nachzukommen. Bislang haben sämtliche Reichsregierungen hier versagt. Seit Jahren fordert die deutsche Mieterchaft einen planmäßigen Ausbau von Wohnrecht und -Wirtschaft und in diesem Rahmen die Herausgabe eines auf Jahre hinausgehenden Wohnungsbauprogrammes, damit sich alle Gruppen der Wirtschaft auf ein solches Programm einstellen und innerhalb eines solchen Programms Wohnungen zu einem angemessenen Preis und tragbaren Mieten errichten helfen.

Sämtliche Reichsregierungen sind über diese Vorschläge hinweggegangen. Erst jetzt wo unsere Wirtschaft in einer noch nie dagewesenen Weise zu Boden liegt, entschließt sich die Reichsregierung, die Wirtschaft durch ein auf mehrere Jahre berechnetes Wohnungsbauprogramm zu beleben,

nachdem die bisherige Säumnis schwersten Schaden innerhalb unserer Gesamtwirtschaft angerichtet hat. Die Mieterchaft erwartet, daß ihre Vorschläge, die sie nicht als Vertreter von Interessenten, sondern in gesamtwirtschaftlichem Interesse macht, künftig rechtzeitig beachtet werden. Sie prüft in diesem Zusammenhange dem Reichstag noch einmal die Forderung aus, daß ihr ein Sitz im künftigen Reichswirtschaftsrat gewährt wird.

Für die künftige Reichsregierung spricht die Mieterchaft weiter die Erwartung aus, daß ihr ein Mann wie Dr. Vredt nicht wieder angehört. Ein Minister, der einer Interessentenversammlung, nämlich der Deutschen Hausbesitzertagung in Tanga, erklärt, daß er sich „restlos als zu ihr gehörig fühle“ und ihr in diesem Sinne seine Mithilftätigkeit und ihre Schwierigkeiten schildert, der auf der anderen Seite aber keine Zeit hat, für eine Vertretung seines Ministeriums auf der Mietertagung zu sorgen, hat das Recht auf ein Ministeramt, das er nach seinem Eid im Interesse aller Volksgenossen verwalten soll, verwirkt.

2.

Unsere Wirtschaft liegt in gefährlicher Weise darnieder. Die Mieterchaft bedauert, daß die Reichsregierung erst jetzt ihre Belebung durch Herabgabe von Mitteln für den Wohnungsbau versucht und daß sie nur einen Betrag von 100 Millionen zur Verfügung stellt. Sie unterstützt andererseits die Verträge der Reichsregierung auf Senkung der Baukosten und des Zinsfußes und auf Erreichung tragbarer Mieten. Die Entwicklung unserer Gesamtwirtschaft und die Tatsache, daß sie nur durch den Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln angekurbelt werden kann, beweisen neben allem anderen deutlich, daß die Wohnungswirtschaft reif ist für eine gesetzliche Regelung im Sinne des von der deutschen Mieterchaft geforderten Wohnungswirtschaftsgesetzes. Die Mieterchaft fordert deshalb hiermit erneut die beschleunigte Bearbeitung eines solchen Gesetzes durch die Reichsregierung und den Reichstag.

3.

Die Neubaumieten haben in den letzten Jahren eine solche Höhe erreicht, daß sie für Familien mit Durchschnittseinkommen nicht mehr zu erschwingen sind. Dadurch scheiden Familien mit heranwachsenden Kindern, für welche gesunde Wohnungen in erster Linie erforderlich sind, als Mieter für Neubauwohnungen fast völlig aus.

Der von der derzeitigen Reichsregierung geförderte Bau von Kleinwohnungen nach dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm von 1930 befriedigt nicht. Das Ausmaß normaler Familienwohnungen ist auf mindestens zwei Räume nebst Küche und Zubehör im Flächeninhalt von 45 bis 50 Quadratmetern und für Familien mit Kindern auf mindestens drei Räume nebst Küche und Zubehör im Flächeninhalt von 60 bis 65 Quadratmetern zu bemessen. Die Mietpreise für solche Wohnungen dürfen 25 bis 45 RM. monatlich nicht übersteigen.

Der Mietertag erwartet von der Reichsregierung, daß sie den angekündigten Preisabbau der Baustoffe allen Widerständen zum Trotz energisch durchgeföhrt und eine fühlbare Senkung des übertrieben hohen Hypothekenzinsfußes zur Verbilligung der Baukosten und der Neubaumieten durchsetzt.

Die Hauszinssteuerhypotheken sind in solcher Höhe bereits zu stellen, daß eine Aufrechterhaltung der vorgenannten Mieten wirtschaftlich gewährleistet ist.

4.

In einzelnen Ländern verbleiben den Hausbesitzern trotz des wiederholten Protestes der Mieterchaft jährlich Millionenbeträge von den Summen, die als Hauszinssteuer in der gesetzlichen Miete von den Mietern gezahlt werden müssen.

Der 25. Deutsche Mietertag fordert deshalb erneut dringend die sofortige Abänderung dieser Hauszinssteuerbestimmungen dahin, daß die von den Mietern in der gesetzlichen Miete als Hauszinssteuer tatsächlich gezahlten Beträge auch als Steuer abgeführt werden müssen.

Die von der Reichsregierung zum Zwecke der Senkung der Realsteuern angekündigte anderweitige Verwendung von Hauszinssteuerbeträgen, durch die dem Wohnungsbau erneut Mittel entzogen werden, wird von der deutschen Mieterchaft aufs Schärfste bekämpft; sie wiederholt im Gegenteile die Forderung auf Verwendung des Gesamteinkommens der Hauszinssteuer nur für den Wohnungsbau.

Der angezielten Senkung der Hauszinssteuer für den Hausbesitzer wegen Durchführung der Bestimmungen des Aufwertungsschlufgesetzes zur Zahlung der erhöhten Hypothekenzinsen setzt die Mieterchaft entschiedenen Widerstand entgegen; der tatsächliche Mietbesitz ist bei der jetzigen Höhe der gesetzlichen Miete durchaus in der Lage, auch eine über 5 Prozent hinausgehende Verzinsung der Aufwertungshypotheken zu tragen.

5.

Entschliezung

zu der von der Reichsregierung eingezeichneten Wohnungspolitik bei Verwendung reichseigener Gebäude, die mit dem 30. Juni 1930 nach Abzug der Befassung freigeworden sind.

Der 25. Deutsche Mietertag nimmt mit härtesten Bedauern Kenntnis von dem Verkauf eines großen Teiles der in der Befassung durch das Reich erbauten Häuser an die Bauunternehmer. Die Bevölkerung des besetzten Gebiets hatte als Dank für die 12 Jahre lang mit großer

Gebuld ertragenen Leiden erwartet, daß die vorhandenen Wohnungen von Reich wegen nach Abzug der Befassung zur Behebung der drückendsten Wohnungsnot ergriffen würden.

In völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse ist der Verkauf dieser Häuser vollends vorgenommen worden, ohne im geringsten an den Schutz der Mieter zu denken und Bindungen zu ihren Gunsten in die Kaufverträge aufzunehmen. Der neue private Hausbesitzer konnte daher ungehörig Mietsteigerungen von 50 bis 100 Prozent über die seitherigen Mietsätze hinaus vornehmen.

Der Mietertag erwartet, daß die Reichsregierung überhaupt keine weiteren Verkäufe mehr vornimmt, oder wo das nicht zu umgehen ist, in die Kaufverträge wirksame Schutzbestimmungen gegen Ausbeutung der Mieter aufnimmt. Der Mietertag macht auch aus diesem Anlaß eine alte Forderung wieder geltend, alle Neubauwohnungen unter die Mieterschutzgesetzgebung zu stellen.

Das Einkommen des deutschen Volkes.

Ueberaus schwierig ist die Feststellung, welches Einkommen und welches Vermögen die deutsche Nation hat. Die Einwohnerzahl wird für 1929 auf 64,5 Millionen geschätzt. Vor dem Kriege wurden optimistische Zahlen der Öffentlichkeit übergeben, die dann von den früheren Feindstaaten bei dem Friedensdiktat zu Grunde gelegt wurden. Man bemugte die höchsten Zahlen, die über unser Volksvermögen bekannt geworden waren, um unseren Reichtum und damit unsere Zahlungsfähigkeit zu beweisen. Seit Jahren besitzen wir eine amtliche Stelle, das Institut für Konjunkturforschung, welches eine derartige Berechnung aufgestellt hat. Das Volkseinkommen wird hier auf 69-72 Milliarden RM. geschätzt, also pro Kopf auf 1102,- RM. Die Verteilung ist nach dieser Schätzung wie folgt:

Einkommenquellen	1929 (in Millionen RM.)	Prozentuale Verteilung i. Jahre 1929
Landwirtschaft	3 400—3 600	5,0
Handel und Gewerbe	13 100—13 300	18,7
Vermietung u. Verpachtg.	800	1,1
Kapitalvermögen	3 300—3 400	4,7
Renten	2 600—2 700	3,7
Lohn und Gehalt	44 500—45 500	63,8
Summe der Privat Einkommen	67 700—69 300	97,0
Öffentliche Erwerbs- einkünfte	1 800—2 500	3,0
Volkseinkommen	69 900—72 000	100,0

Diese Zahlen werden vielfach angezweifelt, weil nach dieser Berechnungsmethode das Einkommen der Arbeitnehmer mit ihren Angehörigen bedeutend höher ist, wie bei den übrigen Volksschichten. Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben nach dieser Aufstellung 63,8 Prozent des Gesamteinkommens im Jahre 1929 vereinnahmt. Auf 38,1 Millionen Arbeitnehmer mit ihren Angehörigen macht das pro Kopf 1213,- RM., während die Selbständigen mit ihren Angehörigen nur 1092,- RM. pro Kopf verdienen. Welche Schlußfolgerung ist aus diesen Zahlen zu ziehen? Entweder ist die Schätzung falsch oder es werden in den anderen Kreisen ungeheure Summen Steuern hinterzogen. Zu den steuerlich festgesetzten Einkommen der Arbeitnehmer hat das Forschungsinstitut schon 5 Prozent hinzugerechnet, dagegen rechnet es bei den übrigen Einkommensteuern für nicht versteuertes Einkommen 15 Prozent hinzu. Besonders interessant ist die Annahme dieser amtlichen Stelle, daß in der Landwirtschaft 300 Mill. RM. mehr Einkommen vorhanden sind, als versteuert werden. Bei den freien Betrieben wird der Betrag auf 200 Mill. RM. mehr, bei den Unternehmern im Handel und Gewerbe auf 1300 Mill. RM. mehr geschätzt. In der „Hilfe“ werden diese Zuschläge für die Besteuerung entzogenes Einkommen als ungenügend bezeichnet. Auch die Einkommen in der Landwirtschaft werden als auffallend niedrig bezeichnet; danach hat ein Landarbeiter einschließlich Familie ein Einkommen von 650,- RM. pro Kopf, dagegen wird das Einkommen des selbständigen Landwirts einschließlich Familie mit nur 350,- RM. pro Kopf geschätzt.

Eine andere Berechnung hat Prof. Woytinski aufgestellt, indem er die Gesamtausgaben des deutschen Volkes berechnet und aus diesen einschließlich Ersparnissen Schlußfolgerungen für das Einkommen zieht.

Zusammengerechnet nimmt Woytinski an:

	Milliarden RM.
für Konsumgüter	61,2—61,7
für Wohnstätten und Dienstleistungen	17,2—17,9
für Steuern	4,5
für Ersparnisse nach Abzug der Schulden	5,3—6,3

Wahrscheinlich ist diese Schätzung zu hoch und die des Instituts für Konjunkturforschung zu niedrig. Es ist unmöglich auf dem Wege der Schätzung zu einem einwandfreien Ergebnis zu kommen. In keinem Fall kann man eigentlich von Volkseinkommen reden, denn es sind unvermeidliche Doppelzählungen in jedem System der Schätzung vorhanden. Bei den Einnahmen sind z. B. die Beamtengehälter ein Posten strittiger Art; denn diese werden

aus den Steuern der Andern bezahlt. Bei der Schätzung nach den Ausgaben sind viele Ausgaben doppelt gezählt, weil viele Waren weiterverkauft werden, z. B. Schlächter- und Backwaren in Hotel- und Restaurantsbetrieben sowie Privatpensionen. Und lehrt diese Schätzung des Volkseinkommens jedenfalls, daß gerade bei der Einkommensteuer ungeheure Summen nicht erfaßt werden. Ueferen Kollegen wird die Steuer gleich vom Lohn abgezogen, sie haben keine Möglichkeit zur Steuerhinterziehung. Die anderen Volksschichten, die nicht Lohn- und Gehaltsempfänger sind, nutzen diese Möglichkeit reichlich aus. Wenn diese Steuern lückenlos erfaßt würden, würde manches Loch im Staatsäckel zugestopft und manche Härte, die heute durch den rücksichtslosen Steuerdruck auf allen Gebieten besteht, beseitigt werden.

Der deutsche Außenhandel im Juni und im 1. Halbjahr 1930.

Der Außenhandel schließt, nach dem Augustheft der Monatschrift: „Weltwirtschaft“, im Juni mit einem Ausfuhrüberschuß von rund 100 Millionen Reichsmark ab. Die Einfuhr (813,6 Millionen Reichsmark) ist derjenigen im Mai nahezu gleich geblieben; an Stelle der geringen Abnahme von 16,6 Millionen Reichsmark würde sich bei Berücksichtigung des noch nicht gemeldeten Teils der Lagerabrechnungen vermutlich ein voller Gleichstand mit dem Vormonat ergeben. Die Ausfuhr (910,2 Millionen Reichsmark) hat um 186,3 Millionen Reichsmark abgenommen; der Rückgang ist zum erheblichen Teil jahreszeitlich zu erklären, auch in früheren Jahren brachte der Juni regelmäßig einen größeren Rückgang der Ausfuhr. Der Anteil der Reparationsfachlieferungen an der Ausfuhr im Juni beträgt 51,8 (im Vormonat 78,8) Millionen Reichsmark.

Uebersicht 1.

Warengruppen	Einfuhr 1930		
	Juni	Mai	Januar/ Juni
	1000 RM.		
I. Lebende Tiere	7 504	8 126	60 329
II. Lebensmittel und Getränke	214 957	209 192	1 638 763
III. Rohstoffe und halbfertige Waren	440 644	453 530	3 025 002
IV. Fertige Waren	150 525	159 302	978 906
Reiner Warenverkehr Davon Reparationsfachlieferungen	813 630	830 150	5 703 000
V. Gold und Silber ¹⁾	33 794	31 923	399 486
Zusammen:	847 424	862 073	6 102 486

Warengruppen	Ausfuhr 1930 ¹⁾		
	Juni	Mai	Januar/ Juni
	1000 RM.		
I. Lebende Tiere	4 991	6 905	26 104
II. Lebensmittel und Getränke	48 113	39 875	261 060
III. Rohstoffe und halbfertige Waren	187 171	236 346	1 316 505
IV. Fertige Waren	669 958	813 333	4 602 316
Reiner Warenverkehr Davon Reparationsfachlieferungen	910 233	1 096 459	6 205 985
V. Gold und Silber ²⁾	51 772	78 765	369 610
	2 417	3 035	18 582
Zusammen:	912 650	1 099 494	6 224 567

¹⁾ Einschließlich Reparationsfachlieferungen.
²⁾ Nicht bearbeitet, Gold- und Silbermünzen.

Die Abnahme der Einfuhr entfällt auf die Gruppe Rohstoffe und halbfertige Waren mit 12,9 und die Gruppe Fertigwaren mit 8,8 Millionen Reichsmark. Die Einfuhr von Lebensmitteln hat um 5,8 Millionen Reichsmark zugenommen.

Unter den Rohstoffen verzeichnen eine Abnahme der Einfuhr vornehmlich Desfrüchte und Desfaaten (-15,9 Millionen Reichsmark), Baumwolle (-9,2 Mill. RM.) und Mineralöle (-5,4 Millionen Reichsmark); die Einfuhr von Wolle hat um 9,6 Millionen Reichsmark zugenommen.

Der Rückgang der Fertigwareneinfuhr betrifft vor allem die Textilfertigwaren, deren Bezug um 5,2 Millionen Reichsmark geringer war als im Vormonat.

Die Zunahme der Einfuhr von Lebensmitteln zeigt sich insbesondere bei Nüchengewächsen (plus 7 Millionen RM.), frischen Kartoffeln (plus 6 Millionen Reichsmark) und Obst (plus 5 Millionen Reichsmark.).

An dem Rückgang der Ausfuhr sind mit Ausnahme der Lebensmittel und Getränke sämtliche Warengruppen beteiligt; 76 Prozent des Rückgangs entfallen auf die Fertigwaren, deren Abgang sich gegenüber dem Vormonat um 143,3 Millionen Reichsmark vermindert hat.

Der Rückgang der Fertigwarenausfuhr betrifft vor allem die Textilfertigwaren (-25,3 Millionen RM.), darunter Kleidung und Wäsche (-6,6), Baumwollgewebe (-5,5) und Gewebe aus Seide und Kunstseide (-4,4). Besonders stark fällt auch die um 24,4 Millionen Reichsmark geringere Ausfuhr von Wasserfahrzeugen ins Gewicht, eine Folge der im Vormonat hohen Lieferung auf

Reparationskonto. Ferner hat in größerem Umfange abgenommen die Ausfuhr von Walzwerterzeugnissen und sonstigen Eisenwaren (— 19,3 Millionen Reichsmark), Gemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen einschließlich der Farben (— 12,1 Millionen Reichsmark), nichtelektrischen Maschinen (— 11,1 Millionen Reichsmark), elektrischen Erzeugnissen (— 6,8 Millionen Reichsmark) sowie schwefelsaurem Kali und Chloralkalium (— 5,6 Millionen Reichsmark).

Die Abnahme der Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren beträgt 49,2 Millionen Reichsmark. An ihr sind vorwiegend beteiligt chemische Rohstoffe und Halbzuge, darunter schwefelsaures Ammoniak (— 8,9 Millionen Reichsmark) und Kalisalze (— 7,5 Millionen Reichsmark), sowie Kupfer (— 5 Millionen Reichsmark).

Von den wichtigsten Reparationsfachlieferungen im Juni gehören zu der Gruppe Rohstoffe und halbfertige Waren: Steinkohlen mit 7,7 Millionen Reichsmark; zu der Gruppe Fertigwaren: nichtelektrische Maschinen einschließlich der Dampfessel und Maschinenteile mit 12,3, Eisenwaren mit 8,9, Fahrzeuge mit 8,6 (darunter Eisenbahnwagen mit 6,9), elektrische Erzeugnisse einschließlich der elektrischen Maschinen mit 2,7, Gemische Erzeugnisse einschließlich der Farben mit 2,3 Millionen Reichsmark.

Uebersicht 2.

Die Reparationsfachlieferungen im Juni 1930.

Warengruppen	Ausfuhr 1930		
	Juni	Mai	Januar/Januar
	1000 RM.		
I. Lebende Tiere	—	—	30
II. Lebensmittel und Getränke	717	280	3 644
III. Rohstoffe und halbfertige Waren	13 727	14 428	111 945
IV. Fertige Waren	37 328	64 107	253 991
Zusammen:	51 772	78 765	389 610
Außerdem Pferde (Stück)	—	—	—
Wasserfahrzeuge (Stück)	—	—	—

Warengruppen	Ausfuhr 1930		
	Juni	Mai	Januar/Januar
	Mengen in dz		
I. Lebende Tiere	—	— ¹⁾	126
II. Lebensmittel und Getränke	71 689	12 395	281 573
III. Rohstoffe und halbfertige Waren	4 612 531	4 558 858	34 999 469
IV. Fertige Waren	419 949 ²⁾	399 729 ²⁾	2 767 739 ²⁾
Zusammen:	5 104 169	4 970 982	38 048 907
Außerdem: Pferde (Stück)	—	—	—
Wasserfahrzeuge (Stück)	18	32	88

¹⁾ Ohne Pferde. ²⁾ Ohne Wasserfahrzeuge.

Uebersicht 3.

Monatliche Bewegung des Außenhandels. (In Millionen RM.)

Zeitraum	Die Einfuhr			
	Reiner Warenverkehr	Lebensmittel	Rohstoffe	Fertigwaren
Januar 1930	1304,8	480,8	634,3	174,3
Februar 1930	981,6	278,4	523,8	167,8
März 1930	883,8	213,6	498,2	167,9
April 1930	888,9	241,8	479,6	159,0
Mai 1930	830,2	209,2	453,5	159,3
Juni 1930	813,6	215,0	440,6	150,5
Juni 1929	1 077,8	279,1	585,2	202,2
Juni 1928	1 108,4	329,8	578,8	188,8
Monatsdurchschnitt				
1929	1 120,6	318,6	600,4	189,1
1928	1 166,8	349,0	601,5	204,2

Zeitraum	Die Ausfuhr ¹⁾			
	Reiner Warenverkehr	Lebensmittel	Rohstoffe	Fertigwaren
Januar 1930	1 092,3	46,4	248,7	795,2
Februar 1930	1 026,3	43,8	223,6	755,9
März 1930	1 104,0	46,2	220,8	833,5
April 1930	976,7	36,7	199,9	734,4
Mai 1930	1 096,5	39,9	236,4	813,3
Juni 1930	910,2	48,1	187,2	669,9
Juni 1929	1 077,2	59,1	228,4	787,6
Juni 1928	933,4	45,9	189,2	696,6
Monatsdurchschnitt				
1929	1 123,6	58,5	243,9	819,4
1928	1 023,0	51,9	229,1	740,4

¹⁾ Einschließlich Reparationsfachlieferungen.

Der Ausführüberschuss des deutschen Ausfuhrhandels beträgt im ersten Halbjahr 1930 eine halbe Milliarde Reichsmark. In der ersten Hälfte 1929 war die Handelsbilanz mit 289 Millionen Reichsmark im reinen Warenverkehr passiv, im zweiten Halbjahr mit etwas über 300 Millionen Reichsmark aktiv. Wenn man die spa-

rationenlieferungen des ersten Halbjahres 1930 mit nahezu 370 Millionen RM. abzieht, so ergibt sich immer noch ein Ausführüberschuss von 130 Millionen Reichsmark im ersten Halbjahr 1930. Das Bild hat sich also erheblich günstiger gestaltet. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß der Export auf 6206 Millionen Reichsmark von 6547 Millionen Reichsmark im Vorjahre gesunken ist; allein in Fertigwaren verringerte sich die Ausfuhr von 4711 auf 4602, das heißt um 109 Millionen Reichsmark. Außerdem sank die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren von 3688 auf 3025, das heißt um 663 Millionen RM. und die Gesamteinfuhr von 6820 auf 5703, das heißt um 1117 Millionen Reichsmark. Es liegt nahe, die Einfuhrverringerung der Rohstoffe mit der ungünstigen Wirtschaftslage in Zusammenhang zu bringen. Bei der Beurteilung der Ausfuhr darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Außenhandelsmengen nach einer Berechnung des Statistischen Reichsamts nicht in dem gleichen Umfange gesunken sind wie die Werte. Die Einfuhrwerte haben sich stärker ermäßigt als die Ausfuhrwerte. Das muß man berücksichtigen, wenn man entsprechende Vergleichszahlen mit dem Vorjahre gewinnen will. Dann würden sich für das erste Halbjahr der letzten 3 Jahre folgende Ziffern ergeben (in Millionen Reichsmark):

	Einfuhr		Ausfuhr	
	davon Rohstoffe	davon Fertigwaren	davon Rohstoffe	davon Fertigwaren
1930:	6387	3385	6515	4835
1929:	6821	3688	6548	4710
1928:	7203	3753	5846	4211

Das Bild wird hiernach noch etwas günstiger. Obgleich die Exportmöglichkeiten durch die allgemeine rückläufige Bewegung des Welthandels — die ein allgemeines Absinken der Einfuhr und Ausfuhr in fast allen Ländern hervorgerufen hat — geringer geworden sind, hat die deutsche Fertigwarenindustrie sich also auf dem Weltmarkt gut behaupten können. Begünstigt wird der deutsche Export durch die Mannigfaltigkeit der Exportgüter und den großen Anteil der Fertigwaren an der Ausfuhr. Hierdurch erlitt die Ausfuhr nicht solche Rückschläge wie diejenige der Rohstoffe, die hauptsächlich Rohstoffe ausführen.

Immerhin muß angesichts der allgemeinen Weltmarktschrumpfung auch die deutsche Wirtschaft auf ständige Pflege des Exports entscheidendes Gewicht legen, weil nur dadurch ein Abschlag der deutschen Ausfuhr vermieden werden kann. Nur Aufrechterhaltung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenfassung aller Kräfte auf dem Gebiete der Exportförderung, Steigerung des Exportwillens können der deutschen Ausfuhr den Absatz sichern, den die deutsche Volkswirtschaft nach ihrer Struktur lebensnotwendig braucht.

Zwangsarbeit und Sklaverei in den europäischen Kolonien!

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat auf seiner letzten Tagung, der 14. Internationalen Arbeitskonferenz 1930, die Einsetzung einer Studienkommission beschlossen, die sich über die Arbeitsverhältnisse, sowie die wirtschaftliche und moralische Lage der Eingeborenen in den europäischen Kolonien informieren soll. Der Grund für diese außergewöhnliche Maßnahme waren die zahllosen Klagen und Proteste von allen Organisationen aus den tropischen Kolonialgebieten über die Unterdrückung der Eingeborenen durch übermäßige Steuern, Zwangsarbeit und Unfähigkeit der europäischen Kolonialverwaltungen. Angesichts der augenblicklichen Krise, in der sich alle europäischen Völker mit Kolonialbesitz befinden, gewinnt diese Enquete besondere Bedeutung. Nach den bislang vorliegenden offiziellen Informationen, die natürlich alle auf einen sehr vorsichtigen Tenor gestimmt sind, ergibt sich jetzt schon das erschreckende Bild einer unerhörten Mißwirtschaft gerade der größten Kolonialländer, wobei Frankreich und Belgien sich in den traurigen Ruhm teilen, an schamloser Ausbeutung und roher Rücksichtslosigkeit gegenüber ihren farbigen „Schutzbeholdenen“ an erster Stelle stehen.

In der belgischen Kammer brachte kürzlich der Abgeordnete Vanderveelde die Kolonialpolitik der belgischen Regierung im Kongo zur Sprache. Nach seinen Angaben, die unabhängig von irgendwelcher Beeinflussung das belgische Rote Kreuz und die Mission jeder Richtung bestätigen, sind in den letzten 10 Jahren nachweisbar über 80 000 Neger in der Sklaverei gestorben. Man zwingt diese Unglücklichen in den Kautschukwäldern zu arbeiten, wo sie dem Fieber und dem Hunger rasch erliegen. An Bezahlung erhalten sie bei zwölfstündiger Arbeitszeit 80 Centimes pro Tag, die aber auf die Verpflegung aufgerechnet werden. Man zwingt diese Neger zur Zwangsarbeit, indem man sie durch Soldaten in ihren Dörfern aufgreift und sie gefesselt, oft Hunderte von Kilometern weit zur Arbeitsstelle treibt. Ganze Landstriche sind auf diese Weise schon verödet. So flohen z. B. allein im Jahre 1928 über 10 000 Neger aus dem Grenzbezirk des Kongo nach Britisch-Uganda, um der Sklaverei zu entgehen. Vanderveelde forderte angesichts dieser unerhörten Mißstände die sofortige Entsendung einer parlamentarischen Untersuchungskommission nach dem Kongo. Dieser Antrag wurde abgelehnt, mit der selbstlosen Begründung, daß die Kolonialverwaltung bereits ein Handbuch über die Arbeitslage im Kongo vorbereitet und demnächst dem Parlament zur Einsichtnahme vorlegen werde.

Auch die französische Öffentlichkeit beschäftigt sich seit einiger Zeit lebhaft mit den Zuständen in den Kolonien, die wiederholt die schärfste Kritik von amtlicher und privater Seite herausgefordert haben. Vielleicht auf Grund der heftigen Anklagen, die verschiedene Abgeordnete anlässlich des Aufstandes in Hinterindien gegen die französische Kolonialverwaltung gerichtet haben, hat die Regierung jetzt plötzlich die Einrichtung einer Arbeitsinspektion für sämtliche Kolonien beschlossen. Bei dieser Gelegenheit kam es zur Sprache, daß die Kolonialverwaltung in Annam und Tonking systematisch Eingeborene zur Zwangsarbeit nach dem Auslande transportiert. In der Hauptsache nach den Südeinseln. Diese Leute werden durch sogenannte „Rekruteure“, die dafür der Regierung eine Kopfsteuer zahlen, gewaltsam zum Dienst gepreßt. Die meisten von diesen Unglücklichen, die sich jahrelang verpflichten müssen, kehren niemals oder krank und bettelarm in die Heimat zurück. Die Regierung konnte diese Angaben nicht bestreiten. Erklärte sich aber zu der „Konzeption“ bereit, in Zukunft nur noch 8000 Arbeiter jährlich zur Zwangsarbeit nach dem Auslande auszugeben.

In dem afrikanischen Kolonialreich Frankreichs sieht es noch schlimmer aus. Hier sind es besonders die ungeheuren Steuern, die die Eingeborenen zugrunde richten. In den Jahren 1926 bis 1929 wurde aus der sogenannten Hüttensteuer die phantastische Summe von über 1,5 Milliarden Franken gezogen. Um gleichzeitig immer genügend „Arbeitswillige“ zur Verfügung zu haben, wurde eine besondere „Arbeitsordnung“ für Zentralafrika eingeführt, die eine völlige Verflakung der Neger bedeutet. Danach kann jeder Neger zwischen 15 und 60 Jahren auf Befehl des Gouverneurs oder eines seiner Beamten zur Arbeitsleistung gezwungen werden. Jeder Neger, der die Arbeit verweigert, wird mit Gefängnis von 2 Monaten und einer Geldstrafe von 3000 Franken belegt, die er dann natürlich später abarbeiten muß. Das Unerhörteste ist aber, daß die Kosten des Transports der Neger aus ihren Dörfern an die Arbeitsstätte ihnen später als „Vorschuß“ auf ihren Hungerlohn wieder abgezogen werden. Das bedeutet praktisch, daß die Neger niemals aus der Sklaverei herauskommen. Uebrigens hat die französische Kolonialverwaltung im früheren deutschen Togo jetzt dasselbe Arbeitszwangssystem eingeführt. Zum Bau einer neuen Eisenbahn wurden vorläufig 20 000 Neger ausgehoben, bei einer Arbeitsverpflichtung von wenigstens sechs Monaten und einem Tageslohn von 1,50 Francs bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Für Arbeitsverweigerung sind Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr vorgesehen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die französische Kolonialverwaltung in ihren Südeisengebieten dieselbe Sklaverei ausübt. So ist z. B. durch ein Gesetz vom 4. Oktober 1929 die Zwangsarbeit für die männlichen Einwohner von Neufalebonien eingeführt worden. Danach werden die Eingeborenen für eine Arbeitszeit, die nicht weniger als 6 Monate betragen darf, ausgehoben und an die Arbeitsstellen transportiert, die die Behörde bestimmt. Die Arbeitszeit in den Koprapflanzungen beträgt elf Stunden täglich. Der Lohn ist auf hundert Francs monatlich festgesetzt, wovon aber der Eingeborene noch seine Verpflegung und seine Steuer zu bezahlen hat. Ein eigenmächtiges Entfernen von der Arbeitsstelle gilt als „Defektion“. Jeder, der einen flüchtigen Eingeborenen wieder einfängt, erhält eine Belohnung von 25 Francs. Den Aufsehern steht das Züchtigungsrecht zur „Aufrechterhaltung der Ordnung bei der Arbeit“ zu. Ähnliche Zustände herrschen auf den anderen französischen Südeiseln.

Die englische Kolonialverwaltung hat sich im allgemeinen geschickter in ihren Methoden und humaner in ihrer Einstellung gegenüber den Eingeborenen verhalten. Deshalb werden bezeichnenderweise hier die Hauptklagen über Sklaverei nicht aus den eigentlichen Kolonien, sondern aus den Dominions und den Kronkolonien erhoben. Im Unterhause hat neulich ein Abgeordneter darauf hingewiesen, daß im Sudan unter den Augen der englischen Behörden ein lebhafter Sklavenhandel vor sich ginge. Die Sklaven würden in Massen aus Abyssinien über die Grenze nach dem Sudan geschafft, wo sie zur Zwangsarbeit in den Baumwollfeldern verwendet würden. Die englische Regierung gab diese Mißstände zu, erklärte aber, mit allen Kräften hiergegen einschreiten zu wollen, wobei allerdings die „Gebräuche und Sitten der Bevölkerung respektiert werden müßten“.

Bedenklischer als dieser Fall sind aber die unerhörten Zustände von Sklaverei in Britisch-Indien. Nach einer Angabe der offiziellen „Indischen Arbeitszeitung“ werden in den indischen Fürstentümern heute noch zahlreiche Sklaven gehalten, deren Zahl weit über hunderttausend beträgt. Die Herren dieser Sklaven, in der Hauptsache indische Fürsten, haben die volle Gewalt über Leben und Tod ihrer Sklaven. Die Frauen und Töchter der Sklaven stehen ihrem Harem zur Verfügung. Ebenso können sie diese anderen Leuten zum Geschenk machen. Neben diesen Sklaven gibt es eine Unzahl von Indern der niederen Kasten, die Zwangsarbeit leisten müssen. Besonders die Bauern werden in jeder Beziehung unterdrückt. Sie müssen jederzeit bereit sein, ihre Herren auf die Jagd zu begleiten oder in deren Palästen Arbeit zu verrichten. Sie werden zwangsweise und ohne Entschädigung zum Straßenbau ausgehoben und sie müssen von ihrer Ernte, sowie ihrer ganzen Habe den besten Teil ihren Herren ausliefern. Bezeichnenderweise bestehen diese grauenhaften Zustände in der Hauptsache nur in den halb selbstständigen Vasallenstaaten, die heute Englands Politik gegen Gandhi und das erwachende Indien im Interesse ihrer Herrschaft

verteidigen. Deshalb unterstützt England die Sklaverei in diesen Staaten, wobei die britischen Gouverneure den indischen Fürsten noch Beihilfe leisten. Diese Angaben wurden vom indischen Ministerium in London auf der letzten indischen Staatenkonferenz in keiner Weise bestritten!

Ganz anders gelagert wie diese Dinge sind die Vorgänge in Südafrika, wo seit langer Zeit schon eine farbige Gewerkschaftsbewegung im Entstehen ist, die erfolgreich die Interessen der Neger wahrnimmt. Es handelt sich hier in erster Linie um die Arbeit in den Gold- und Silbergruben, zu der man große Arbeitermassen benötigt. Nach einer Angabe des Präsidenten der Grubenverwaltungen von Transvaal ist das Problem der Beschaffung von Arbeitern heute das schwierigste. Man benötigt mindestens 210 000 Eingeborene, aber zur Verfügung stehen kaum 180 000. Dieser Mangel ist in erster Linie auf die hohe Sterblichkeit infolge von Schwindsucht zurückzuführen, die die Neger bei der Grubenarbeit dahinträgt. Um aber trotzdem die nötigen Arbeitskräfte aufzubringen, hat die Regierung von Südafrika beschlossen, daß in Zukunft die Neger in den nördlichen Provinzen zwangsweise zur Grubenarbeit auszuheben werden. Jeder Eingeborene, der keinen Arbeitsvertrag abschließt, wird einer besonderen Steuer unterworfen. Dieser Beschluß wurde gegen den Widerspruch der Kabinettsmitglieder der Arbeiterpartei zum Gesetz erhoben. Dem neuen Gesetz unterliegen alle Eingeborenen im Alter von 18-60 Jahren. Gegen eine Steuer von 5 Pfund jährlich können sich die Neger von der Arbeitsverpflichtung frei kaufen. Gleichzeitig hat die Regierung beschlossen, Strafgefangene zur Arbeit auf die Farmen abzukommandieren, wo sie ohne Entschädigung schwer arbeiten müssen.

Gegen diese Gesetze, die praktisch die Einführung der Sklaverei bedeuten, hat sich lebhafter Widerstand auch von seiten der weißen Bevölkerung erhoben. Die Gewerkschaft der farbigen Arbeiter, die heute schon über 10 000 eingetragene Mitglieder besitzt, hat deshalb erneut den Gewerkschaften der weißen Arbeiter ihre Mitarbeit angeboten, um gemeinschaftlich im Parlament diese Sklavereigesetze der Regierung zu bekämpfen. Welchen Umfang trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden die Erregung unter den Negern bereits genommen hat, beweist am besten eine Verordnung des Justizministers gegen die Agitation unter den Eingeborenen. Danach wird jede Person deportiert, die Unzufriedenheit unter den Negern erregt. Ebenso können alle Zeitungen und Druckschriften beschlagnahmt werden, die die Regierungspolitik gegenüber den Farbigen kritisieren. Ein Ausnahmegericht erhält das Recht zur sofortigen Aburteilung aller Verdächtigen. Ebenso wurde ein Antrag an das Parlament gestellt, der die Auflösung aller farbigen Gewerkschaften und das Verbot jeder beruflichen Organisationen der Neger fordert.

25 000 000 000 Liter Milchverbrauch.

Von Regierungsrat Dr. Karl Wagner, Berlin.

Ergebnisse der neuen Milchproduktionsstatistik.

Der gesamte Jahresverbrauch an Milch und Milchprodukten im Deutschen Reich beläuft sich auf rund 25 Milliarden Liter Milch. Inbegriffen ist hierin sowohl der Verbrauch von Frischmilch als auch von Milch in Form von Butter und Käse. Mit diesen in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Feststellungen auf Grund der neuen Milchproduktionsstatistik dürften die Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Milchherzeugung und Milchverbrauch im Deutschen Reich ein Ende finden.

Nationalisierung der Milchherzeugung.

Wie stark wir bei der Beschaffung dieser riesigen Milchmenge vom Ausland abhängig sind, geht daraus hervor, daß nicht weniger als 5 Milliarden Liter Milch oder 20 v. H. des Gesamtverbrauchs aus dem Einfuhrüberschuß gedeckt werden müssen. Der Wert dieses Einfuhrüberschusses beläuft sich nach der Handelsstatistik von 1929 auf rund 0,5 Milliarde RM, die hauptsächlich für Milchprodukte in Form von Butter, Käse usw. ausgegeben werden. Man kann daran ersehen, wie wichtig es ist, durch Nationalisierung und Veredelung der Milchproduktion einen möglichst großen Teil dieses Betrages nach und nach der heimischen Landwirtschaft zuzuführen.

Die im Inland erzeugten Milchmengen werden im wesentlichen von den rund 9,5 Millionen Milchkuhen gewonnen, das ist auch die Kuh des kleinen Mannes, die niege, nicht zu verachten: sie liefert immerhin jährlich fast 1 Milliarde Liter Milch. Die gesamte inländische Milchherzeugung beläuft sich damit auf rund 22 Milliarden Liter, von denen etwa 10 v. H. für Verfütterung an Tiere usw. abgehen, so daß für die menschliche Ernährung aus dem Inland rund 20 Milliarden Liter Milch verbleiben.

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet sind das zusammen mit den aus dem Ausland bezogenen Mengen rund 25 Liter jährlich. Im Durchschnitt würde also auf jeden Deutschen gut 1 Liter Milch je Tag entfallen. Im ersten Augenblick mag das als etwas hoch erscheinen, wenn man aber bedenkt, daß diese Berechnung den gesamten Verbrauch an Butter, Käse usw. mit einschließt, daß v. B. einem Liter Milch nur ungefähr 40 Gramm Butter entsprechen, so wird man zugeben müssen, daß der Milchverbrauch im Deutschen Reich zweifellos noch steigert werden kann.

Milcherträge in den einzelnen Reichsteilen.

Im gesamten Reichsdurchschnitt liefert jede Kuh jährlich etwa 220 Liter Milch. Die tatsächlichen Milcherträge sind aber in den einzelnen Reichsteilen sehr verschieden, woraus sich wertvolle Fingerzeige für die Steigerungsmöglichkeiten unserer Milchherzeugung ergeben. Unterschiede in der Riebbiehtrasse, in der Pflege und Fütterung der Milchkuhe, in der Verwendung zu Arbeitsleistungen usw. spielen eine große Rolle. Ganz allgemein sind die Milchleistungen des norddeutschen Niederungsriedwiesens erheblich höher, als die des süddeutschen Höhenriedes. So beträgt in einer ganzen Reihe von Bezirken Süddeutschlands die durchschnittliche Jahresleistung weniger als 1500 Liter je Milchkuh, während sich in Norddeutschland die durchschnittlichen Milcherträge vielfach auf 3000 Liter und darüber stellen. Die höchsten Milcherträge finden sich in den bekannten Züchtungsgebieten am Niederrhein, in Ostfriesland, Schleswig-Holstein sowie in dem südwestlichen Teil von Ostpreußen, wo die Durchschnittserträge bis an 4500 Liter heraustragen (einzelne Kühe leisten natürlich noch erheblich mehr). Rekordleistungen weisen auch die Berliner Kuhställe auf, wo im Durchschnitt fast 4400 Liter Milch je Kuh und Jahr gewonnen werden, was insbesondere durch sorgfältige Pflege und Fütterung der Milchkuhe in den Abmelkwirtschaften ermöglicht wird. Bei der Beurteilung dieser Zahlen kommt es natürlich auch sehr auf den Fettgehalt der Milch an. So stehen z. B. die Allgäuer Milchkuhe mit 2400 bis 2700 Liter je Milchkuh zwar nicht übermäßig über dem Reichsdurchschnitt, dafür liefern diese Kühe aber eine besonders fettreiche und gehaltvolle Milch.

(Heimatdienst.)

Wiederholung der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden im Jahre 1931.

Das Präsidium hat auf Grund zahlreicher Anregungen aus Kreisen der Wissenschaft, der Aussteller des In- und Auslandes und der Besucher den Vorschlag gemacht, die Internationale Hygieneausstellung Dresden 1930 in der Zeit vom 15. Mai bis 30. September 1931 zu wiederholen, wobei beabsichtigt ist, den sachlichen Inhalt neu zu gestalten und zu erweitern. Maßgebend für den Gedanken der Wiederholung war die Tatsache des immer steigenden Besuches und die Erwägung, daß der wertvolle Inhalt der großen Ausstellung bei einer Wiederholung erst voll ausgewertet und der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden kann. Auch würde eine Neuöffnung vielen Hunderten von Menschen Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit garantieren und so der allgemeinen Arbeitslosigkeit steuern. Der Rat hat bereits die Verlängerung des Garantievertrages beschlossen, die Stadtverordneten werden sich in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit beschäftigen.

Interessante Betriebsräte-Zahlen.

Wie sie sich aufteilen nach Wirtschaftsgruppen.

Spd. Die bekanntwerdenden Zahlen über die Ergebnisse der alljährlich stattfindenden Betriebsräteahlen sind solche privater Erhebungen der Verbände. Sie enthalten naturgemäß viele Mängel und Lücken — und so muß manche Frage des Wirtschafts- und Sozialstatistikers unbeantwortet bleiben. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA) hat nun seine Erhebung auf Wirtschaftsgruppen ausgedehnt und liefert damit einen wertvollen Beitrag zum deutschen Betriebsrätewesen. — Die für alle Verbände gezählten 18 814 Angestelltenräte im Reich verteilen sich in Prozenten auf folgende Wirtschaftsgruppen: Eisenbahnindustrie 20,5 Proz.; Behörden und öffentlich-rechtliche Betriebe 12,2 Proz.; Einzelhandel 10,9 Proz.; Bergbau 9,8 Proz.; Großhandel 19,6 Proz.; Textil- und Bekleidungsindustrie 8,2 Proz.; Chemische Industrie 5,5 Proz.; Genussmittelindustrie 3,6 Proz.; Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik 3,2 Proz.; Banken 3,1 Proz.; Holz- und Leder-Papierindustrie 2,9 Proz.; Schifffahrt, Verkehrsgewerbe, Hotelindustrie 2,6 Proz.; Versicherungen 1,1 Proz.; Brauereien, Mälzereien, Müllereien 1,8 Proz.; Keramische- und Glasindustrie 1,2 Proz.; verschiedene Gewerbe 1,1 Proz.; Bauindustrie, Steine und Erden 0,9 Proz.; Del- und Fettindustrie 0,8 Proz.; — Der G. D. A. hat mit 7 406 Angestelltenräten die Führung.

Die Volkshochschule Groß-Berlin

eröffnet am 12. Oktober ihr 11. Lehrgang mit 114 Kursen.

Der Lehrplan hat drei Abteilungen:

1. **Aufbaukurse**, in denen die sprachlichen und allgemeinen Wissensgrundlagen erneuert und erweitert werden, in unmittelbarer Anknüpfung an das Bildungsergebnis der Volks-, Berufs- und Fachschulen. Es sind vor allem Kurse über „Wichtiges Deutsch“, ferner Rechnen, Zeichnen, Erdkunde, Staatslehre, Englisch, Französisch, Spanisch.

2. **Wissenschaftliche Fach-Lehrgänge** aus folgenden Gebieten: Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geologie, Medizin, Philosophie, Psychologie, Pädagogik, Sprache, Literatur, Theater, Film,

Zeitung, Kunst, Musik, Kulturgeschichte, Der Staat in Vergangenheit und Gegenwart, Wirtschaft und Gesellschaft.

In beiden Abteilungen sind Kurse für Anfänger, Fortgeschrittene und höhere Stufen vorgesehen. Jedem ist es möglich, sich in den ihm gemäßen Kursen einzufügen.

3. **Wissenschaftliche Arbeitskreise** sind in diesem Jahr für Teilnehmer eingerichtet worden, die auf den Gebieten: Mathematik und Physik, Philosophie, Pädagogik, Staatslehre sich besondere Kenntnisse erworben haben. In diesen Arbeitskreisen wird Gelegenheit zu selbstständigen größeren Arbeiten und persönlicher Förderung gewährt.

Die Hörgeldgebühr je Kurs und Lehrabschnitt beträgt 2,50 Mk. Wer einen zweiten oder dritten Kurs belegt, zahlt für diese Kurse die Hälfte. Kurzarbeiter und Ehefrauen zahlen für alle Kurse die Hälfte. Erwerbslose erhalten bei Vorzeigung der Kontrollkarte für alle Kurse Freikarten. Karten im Vorverkauf und Lehrpläne erhält man in der Geschäftsstelle der Volkshochschule, Burgstraße 8 III (9 bis 16 Uhr), Sonnabends 9 bis 13 Uhr, im Abendheim der Volkshochschule, Breitestraße 11 (17-20 Uhr) und bei den Volkshochschulämtern der Bezirke. Lehrpläne erhält man außerdem im Verbandsbüro und in allen städtischen Buchereien.

Aus den Ortsvereinen.

Breslau. Am 20. September, abends 20 Uhr hielt unser Ortsverein des Gewerkschaftsbundes der Holzarbeiter eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, zu der unser Bezirksleiter Kollege Wolff-Regnitz erschienen war. Der Vorsitzende Kollege Zimmer begrüßte denselben, sowie die Kollegen vom Ortsverband auf das herzlichste. Nach Verlesung des Protokolls und Kassenberichts ergriff Kollege Wolff das Wort zu seinem Vortrag „Das Invaliden-Versicherungsgesetz“. Selbiges ist schon in der Eiche behandelt worden. Durch seine klaren bestimmten Ausführungen verstand der Redner vom Anfang bis Ende die Anwesenden zu fesseln und in die wichtigsten Teile des umfangreichen Gesetzes einzuführen. Er zergliederte eingehend den Unterschied zwischen Pflichtversicherter und Selbstversicherter und ermahnte zum Schluß seiner interessanten Ausführungen, daß ein jeder streng darauf achten solle, daß die Karten, vor allem bei Selbstversicherter, nach 2 Jahren (auschlaggebend ist das Ausstellungsdatum) rechtzeitig umgetauscht werden, damit die Anwartschaft auf die Invalidenversicherung nicht verloren geht. Zum Schluß des Vortrages wurden viele Fragen noch an Kollegen Wolff gestellt, die alle klar und deutlich beantwortet wurden. Unter Verschiedenem machte der Leiter der Jugend des Ortsverbandes Kollege Großer auf den Reichsverband für Jugendherbergen aufmerksam, richtete an alle Kollegen die Bitte, helfe der deutschen Jugend, der Zukunft unseres Volkes den frohen Lebensmut erhalten, fördere ihn wo immer es nur möglich ist. Wir Alten lassen vielleicht den Kopf zu sehr hängen, weil wir ganz unter der Last der Vergangenheit leben. Aber wir sollen aufwärts blicken und hinhören auf den jugendlichen Chor, der die Glendmelodie unserer Tage niederringt, aufwärts blicken, vorwärts drängen. Wir sind jung und das ist schön. Möge die deutsche Jugend diesen Sinn sich stets erhalten. Zum Schluß dankte der Vorsitzende Kollegen Wolff und Kollegen Großer für all die Worte, die wir heute gehört haben und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß die nächsten Versammlungen noch zahlreicher besucht werden möchten, wie die heutige.

R. Gleisenberg.

Bauschule
Grastede

von C. Rohde, zwei Semester
— Progr. frei. —

Sprech-maschinen,
Laufwerke
Konstruktion u. alle Einzelteile
Preisliste mit Hochstrabatt
gratis. C. M. Doske, Hamburg 13, Schröbterstraße.



Einheitliche
Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.

Werbe jeder für den Gewerkschaftsverein!